

SICHERHEIT

Ausgangslage

Sorgen, Verunsicherung und Ängste zeigen sich in unserer schnelllebigen und hochkomplexen Welt in vielen Bereichen und Lebenslagen. Sie beruhen auf den verschiedensten Erfahrungen und Ursachen: Im Arbeitsprozess nimmt der Leistungsdruck zu. Die Digitalisierung der Arbeitswelt verstärkt Existenzängste. Der Verlust von sozialen Bindungen und Netzen wird noch verschärft durch den Abbau von Angeboten des Service Public, beim ÖV, bei der Post und bei anderen Versorgungsnetzen. Das Aufbrechen von kulturellen Mustern und traditionellen Rollenbildern schürt Verunsicherungen. Widersprüche und Konflikte in der globalisierten Welt wirken sich durch Migration und die mediale Präsentation auch in unserem Alltag aus.

Die politische und mediale Bewirtschaftung dieser Sorgen und Ängste fixiert sich auf die Wahrnehmung von Gewalt und Kriminalität und schürt oft die Emotionen und die Verunsicherung mehr, als dass sie sie abbaut. Um diesen Ängsten zu begegnen, braucht es eine gut ausgebaute Polizei, die Straftaten verhindert und aufdeckt, und eine funktionierende Justiz, die sie ahndet.

Grundziele der SP

Wir wollen ein sicheres Leben für alle.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist Teil des Service Public. Das Gewaltmonopol muss beim Staat bleiben. Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, braucht es eine gut ausgebildete Polizei mit genügend Ressourcen. Um der Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft zu begegnen und die Kriminalität weiter einzudämmen, braucht es nicht bloss die konsequente Ahndung von Verbrechen, sondern vor allem auch einen Ausbau der Prävention. Um den Menschen aber mehr Sicherheit zu vermitteln, die sich auf die ganze Lebensplanung und -gestaltung auswirken kann, braucht es mehr als das. Es braucht Chancengerechtigkeit, ein gut ausgebautes Bildungssystem, gute Löhne, faire Mieten, einen wirksamen sozialen Ausgleich und solide Sozialversicherungen sowie nutzbare öffentliche Infrastrukturen für alle. Öffentliche Sicherheit ist stets auch soziale Sicherheit.

Unsere Forderungen

Prävention sicherstellen: Fachstellen – wie die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt oder die Fachstelle Kinder- und Jugendschutz – haben einen hohen Stellenwert und müssen gestärkt und sichtbarer gemacht werden.

Kein Abbau bei der Polizei: Damit die Polizei im öffentlichen Raum präsent sein kann, dürfen keine weiteren Ressourcen gestrichen werden. Die Zusammenarbeit der Kantonspolizei mit der Gemeindepolizei muss ausgebaut werden.

Sicherheitsbedürfnissen älterer Menschen gerecht werden: Dem erhöhten Bedürfnis nach Sicherheit und Beratung von älteren Menschen soll durch speziell geschultes Gemeinde- und Polizeipersonal Rechnung getragen werden (allgemeine Rechtsauskünfte für ältere Personen, Prävention von Trickbetrug, Anlaufstellen für das Vermeiden von Erbschleicherei/-betrug).

Private Sicherheitsdienste eindämmen: Vermehrt übernehmen private Sicherheitsdienste polizeiliche Aufgaben. Dies hinterfragen wir. Das Gewaltmonopol muss bei der staatlichen Polizei bleiben.

Keine Anonymität bei der Ausübung der Polizeigewalt: Sichtbare Identifikationsnummern an Polizeiuniformen ermöglichen bei allen Einsätzen, somit auch bei Spezialeinheiten und Spezialeinsätzen, dass allfällige Gewaltanwendung durch Beamte nachverfolgt und geahndet werden kann.

Sicherer Strassenverkehr: Der Kanton muss durch gezielte und konsequente Kontrollen einen sicheren Strassenverkehr garantieren und Raser-Exzesse verhindern. Velowege und der Schutz der FussgängerInnen müssen ausgebaut werden. Der Kanton soll endlich im Kernbereich von Ortschaften, und wo aus sicherheits- und lärmtechnischen Gründen nötig, Tempo 30 einführen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit braucht es in unserer Region eine gute Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus. Dafür müssen genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt und Kontakte gepflegt werden.

Ausreichende Mittel für die Justiz: Damit die Aufklärungsrate gesteigert wird und damit der Rechtsstaat zuverlässig funktionieren kann, müssen für die Justizorgane ausreichende Ressourcen im personellen Bereich und auch bei der Ausbildung der Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt werden.

Resozialisierung ausbauen: Das oberste Ziel im Umgang mit StraftäterInnen muss die erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft sein. Insbesondere bei Menschen, die eine Gefängnisstrafe verbüssen, müssen die Möglichkeiten zur sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe ausgebaut werden.

Dialog verhindert Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen: Dialog und Prävention vermindern situative, strukturelle und sozial bedingte Gewalt. Der Fanbewegung von Sportvereinen ist daher nicht mit Kollektivstrafen und einer politisch-medial motivierten Massnahmenpolitik zu begegnen. Gefördert werden sollen Dialogstrukturen der verschiedenen Akteure und die Selbstregulierung und Selbstverantwortung der Fanbewegungen.